

Vom Halbmond zum Dreieck

Wie sich die Kräfte in Nahost verschieben

Gil Yaron | Der arabische Frühling hat die alten Modelle der Machtverteilung im Nahen Osten beerdigt. Ein neues, dynamisches Krätedreieck, bestehend aus Ägypten, Saudi-Arabien und der Türkei, wird fortan die Geschehnisse der Region bestimmen. Doch bis auf wenige Punkte sind sich die neuen Führungsmächte alles andere als einig.

Es war nur ein kleines Manöver, fast hätte man es übersehen können. Rund 730 Soldaten und 40 Fahrzeuge der türkischen Armee probten im Oktober 2011 die „Mobilisierung von Reserven“ und „die Kommunikation zwischen der Armee und öffentlichen Einrichtungen“, wie es in einem offiziellen Kommuniqué zur Operation Yildirim (Blitz) hieß. Doch die Bedeutung der kleinen Truppenübung kann kaum überschätzt werden. Das Kriegsspiel in der umstrittenen Hatay-Provinz, die Frankreich 1939 von Syrien abtrennte und der Türkei schenkte, war ein klares Signal an das Regime in Damaskus. Ein Jahr, nachdem syrische und türkische Truppen gemeinsam den Grenzschutz probten, bereiten sich beide Seiten auf eine Eskalation vor.

Das sunnitische Dreieck

Nicht nur an der türkisch-syrischen Grenze hat sich die Lage im Vergleich zum Vorjahr völlig gewandelt. Der ganze Nahe Osten macht nach dem

arabischen Frühling einen tiefgreifenden strategischen Wandel durch.

Im Jahr 2004 formulierte Jordaniens König Abdallah die Theorie vom „Hilal al Schi'i“, dem „schiitischen Halbmond“, und prägte so das Denken arabischer Herrscher. Sie teilte den Nahen Osten in ein sunnitische, moderates und proamerikanisches Lager, das gegen Islamisten, ethnische und religiöse Minderheiten kämpfte, die im Iran Rückhalt fanden. Die Ereignisse der vergangenen Monate lassen den schiitischen Halbmond jedoch verblasen. Längst können die Türkei, Ägypten oder Saudi-Arabien nicht mehr nur als Alliierte der USA verstanden werden. Um regionale Machtverteilung, Allianzen und Interessenslagen zu verstehen, bedarf es einer neuen Theorie: das „sunnitische Dreieck“.

Drei Entwicklungen machten den schiitischen Halbmond obsolet. Die USA haben unter Barack Obama in der Region an Einfluss verloren. Die Kriege in Afghanistan und im Irak, in

denen US-Truppen seit einem Jahrzehnt ausbluten, haben das Image der unbesiegbaren Supermacht ausgehöhlt. Auch der Sieg der NATO in Libyen kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass es den USA im Augenblick unmöglich ist, weitere militärische Unternehmungen auch nur anzudenken, von der Schwächung des Landes durch die Wirtschaftskrise ganz zu schweigen. Obamas Scheitern im Nahost-Friedensprozess, die Niederlage der westlichen Verbündeten im Libanon, das Patt im Irak und das Tempo, mit dem Obama Hosni Mubarak, seinen wichtigsten Partner in der Region, fallen ließ, haben dem Ansehen des Weißen Hauses bei arabischen und israelischen Verbündeten sehr geschadet.

Glaubwürdigkeit auf dem Tiefpunkt

Hätte die Theorie vom „Hilal al-Schi‘i“ noch Bestand, müsste Teheran aus Amerikas Schwäche Nutzen ziehen. Doch anders als im Iran erhofft, sehen die arabischen Massen die Islamische Republik nicht als Alternative zu den korrupten, verschmähten prowestlichen Regimen. Der arabische Frühling hat dem Ansehen der Iraner und ihrer Verbündeten geschadet. Laut einer Studie des Arab American Institute vom Juli 2011 hatten nur noch 27 Prozent der Araber ein positives Bild vom Iran. Vor fünf Jahren waren es noch 70 bis 90 Prozent.

Die Glaubwürdigkeit der Mullahs als Fürsprecher der unterdrückten Massen befindet sich auf einem Tiefpunkt. Was mit der gewaltsamen Unterdrückung der Proteste nach den Präsidentschaftswahlen 2009 begann, wurde durch die Unterstützung des brutalen Vorgehens Baschar al-Asads in Syrien beschleunigt. In Da-

maskus bahnt sich eine strategische Katastrophe für die Ayatollahs an: Ihr wichtigster arabischer Verbündeter, in dessen Freundschaft sie jahrzehntelang Milliarden investierten, steht vor dem Aus. Selbst Hilfeempfänger wie die Hamas weigern sich, Assad moralische Rückendeckung zu geben. Angesichts der anhaltenden Proteste geht die Hamas auf Nummer sicher: Sie will nicht einen unpopulären und grausamen Diktator unterstützen und ist daher bereit, empfindliche Kürzungen der stattlichen Zuwendungen aus Teheran in Kauf zu nehmen. Auch auf anderen Schauplätzen wie in Bahrain haben die Mullahs ihre Macht überschätzt und herbe Rückschläge hinnehmen müssen.

Weder der Iran noch die USA bestimmten letztlich die Geschehnisse in Bahrain. Teheran konnte den sunnitischen Diktator nicht mit einer Rebellion der schiitischen Bevölkerungsmehrheit zu Fall bringen, Washington den Herrscher am Ankerplatz der Fünften Flotte nicht dazu bewegen, auf die Forderungen der Demonstranten einzugehen. Das kleine Königreich am Persischen Golf wurde damit zu einem der zahlreichen Beispiele dafür, wie die Länder der Region sich angesichts der Schwäche Washingtons und Teherans neu orientieren. Neue Kräfte füllen das Machtvakuum: Im Falle Bahrains marschierte Saudi-Arabien ein und schlug den Aufstand gewaltsam nieder. Riad bildet den ersten Schenkel, Istanbul und Kairo bilden die anderen zwei Seiten des sunnitischen Dreiecks, das künftig die Geschehnisse der Region bestimmen will.

Dabei verfolgen Ankara, Kairo und Riad zum Teil ähnliche Ziele: Sie wenden sich gegen die hegemonialen Ansprüche Teherans und rücken enger zusammen, weil sie, auf sich gestellt, keine Chance gegen den Iran hätten. Gleichzeitig stehen ihre Bevölkerungen den USA, bisher das wichtigste

Ankara, Kairo und Riad wenden sich gemeinsam gegen die hegemonialen Ansprüche Teherans

Gegengewicht zu Teheran, misstrauisch bis feindlich gegenüber. In einer Zeit, in der die öffentliche Meinung eine wachsende Rolle spielt, müssen populistische Regime daher gleichermaßen auf Distanz zu Washington und Teheran gehen. Ein Ausdruck dieses neuen Kurses ist die immer stärker israel-feindliche Haltung Ankaras und Kairos.

Willkommen im Club

Mit dem Einmarsch in Bahrain rebellierte Saudi-Arabien bisher am deutlichsten gegen die Anweisungen aus Washington. Hinter den Kulissen betreiben die Saudis eine Politik, die dem Einfluss Obamas entgegenwirken soll, der ihrer Meinung nach gefährliche Reformen fördert. So wurde im Mai Jordanien und Marokko überraschend die Mitgliedschaft im Golf-Kooperationsrat (GCC) in Aussicht gestellt. Bisher galt das 1981 gegründete Gremium als exklusiver Club der sechs reichen Golf-Anrainer Saudi-Arabien, Bahrain, Kuwait, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Katar und Oman. Innerhalb des GCC flossen in den vergangenen Monaten Milliardensummen, um soziale Proteste in den Mitgliedstaaten einzudämmen. Allein Oman und Bahrain erhielten mehr als 20 Milliarden US-Dollar.

Außenpolitisch könnte ein erweiterter GCC mit insgesamt 77 Millionen Einwohnern erstmals ein echtes Gegengewicht zum Iran bilden. Er würde 20 Prozent aller Araber vereinen, die 60 Prozent des regionalen Brutto-sozialprodukts erwirtschaften. Die geplante Aufnahme der zwei anderen arabischen Monarchien soll aber vor allem die Königshäuser Ammans und Rabats vor Reformdruck schützen. Damit wird ein innenpolitisches Ziel verfolgt: Umwälzungen in den wirtschaftlich schwachen Monarchien sollen nicht zum Exempel für Revolutionen im GCC werden.

Zum „Schlachtfeld“ der divergierenden Weltanschauungen Washingtons und Riads wird Jordanien. Im Mai 2011 versprach Obama Jordanien Subventionen in Höhe von rund einer Milliarden Dollar und zusätzlich 50 000 Tonnen Weizen, falls Abdallah an Reformen festhalte. Doch angesichts der Wirtschaftskrise im Westen dürfte der GCC im Ringen um den Fortschritt der Reformen die Oberhand behalten: Jordanien importiert 90 Prozent seiner Energie und ist auf ausländische Investitionen angewiesen, die inzwischen vorwiegend aus den reichen GCC-Staaten kommen.

Das Handelsvolumen Jordaniens mit dem GCC lag 2010 bei über fünf Milliarden Dollar, mit den USA bei nur rund zwei Milliarden Dollar. Die Saudis greifen auch direkt ein: Unlängst überwiesen sie Amman 400 Millionen Dollar direkte Haushaltshilfe, die bis zum Jahresende eine Milliarde Dollar erreichen könnte. Amman hat diese Geldspritze bitter nötig. Höhere Energiepreise und Gehaltserhöhungen, die zu Beginn des Jahres beschlossen wurden, um sozia-

le Proteste zu verhindern, rissen ein tiefes Loch in die Staatskasse. Reformen in Amman gingen die Ende September verkündeten Verfassungsänderungen nicht weit genug. Manche jordanischen Quellen wähten die Saudis hinter dem mangelnden Entgegenkommen ihres Königs.

Neue Regionalmacht Türkei

Viel offensichtlicher sind die Merkmale der „neuen Nahost-Politik“ in Ankara, das inzwischen als regionale Großmacht auftritt. Die Türkei verschärft den Ton gegenüber dem Iran, wo die türkische Stationierung eines NATO-Radars großen Unmut auslöste. Zudem wandelte sich Erdoğan vom Freund Syriens zum Widersacher Assads. Er gewährt syrischen Oppositionellen Asyl, lässt sie Kongresse abhalten und beherbergt den ranghöchsten Deserteur der syrischen Armee, Colonel Riad al-Asaad. Erdoğan's Äußerungen enthalten unverhüllte Drohungen an Damaskus und Teheran, was diese mit ähnlicher Rhetorik quittieren.

Gleichzeitig kooperieren Ankara und Teheran im Nordirak gegen den kurdischen Untergrund, einem der wichtigsten Bündnispartner der USA im Irak. Um sein Ansehen in der arabischen Welt zu bewahren, hetzt Erdoğan gegen Washingtons Schützling Israel. Auch anderen NATO-Mitgliedern wird er unheimlich. Im Streit um Gasvorkommen im östlichen Mittelmeer stößt er martialische Drohungen gegen Zypern aus und bereitet damit Athen große Sorgen.

Außenminister Ahmet Davutoglu fasste Ende September Ankaras neue Strategie in einem Interview mit der *New York Times* in klare Worte: Ein Bündnis mit Ägypten forme aus den

beiden bevölkerungsreichsten und militärisch stärksten Ländern der Region eine „neue Achse der Macht“ in einer Zeit, in der Amerikas Einfluss abnehme. „Das ist es, was wir wollen“, so Davutoglu.

Dass Kairo dabei mitspielt, ist ein direktes Resultat des arabischen Frühlings. Mubarak betrachtete die Türkei als Konkurrenten und wollte sie aus der Region heraushalten. Dem Gedanken des schiitischen Halbmonds treu, isolierte er die Hamas und die Hisbollah und unterstützte Amerikas Verbündete gegen den Iran.

Doch die neue Regierung in Kairo fährt einen anderen Kurs. Mangels demokratischer Wahlen fehlt ihm die Legitimation. Und so hütet sich der Oberste Militärrat davor, das Volk zu provozieren. Das zeigt sich an einer zögerlichen Wirtschaftspolitik und am fehlenden Willen, eine unpopuläre Außenpolitik durchzusetzen. So

näherte man sich deutlich der Hamas an, schlug gegenüber dem Iran einen versöhnlichen, gegenüber Israel hingegen einen schärferen Ton an. Nach dem überschwänglichen Empfang, den die Volksmassen Erdoğan in Kairo bereiteten, will Ägypten sich dessen Annäherungsversuchen nicht mehr entziehen.

Das sunnitische Dreieck aus Saudi-Arabien, Ägypten und der Türkei verfolgt zwei Hauptziele: Es will den Iran und die USA als Großmächte in der Region ablösen. Der Kitt dieses Bündnisses ist ihre Ablehnung ausländischen Einflusses, die von den Bevölkerungen der gesamten Region geteilt wird. Es tritt als authentischer

Der neuen Regierung in Kairo fehlt die Legitimation. So hütet sie sich davor, das Volk zu provozieren

Vertreter sunnitischer nahöstlicher Interessen auf. Dennoch handelt es sich um alles andere als einen monolithischen Block.

Lauter Führungsmächte

Jeder der drei Mitgliedstaaten sieht sich selbst als rechtmäßige regionale Führungsmacht mit historischer und religiöser Legitimation und will als Modell für die gesamte Region gelten. Saudi-Arabien und die Türkei bilden dabei die extremen Pole: Riad vertritt

Je mehr der Iran und die USA versuchen, Einfluss zu nehmen, desto enger werden die Partner zusammenrücken

als Hüterin der Heiligen Stätten das Modell eines extremistischen islamischen Staates.

Die Macht der Saudis beruht vor allem auf ihrem Reichtum, der sie für viele verarmte arabische Staaten wie Jordanien oder Ägypten zu einem attraktiven Bündnispartner macht.

Die Türkei bildet dazu einen Gegenpol mit offenem Bekenntnis zur Demokratie, zu einem Islam, der in einen säkularen Staat eingebettet ist, und zu dem Ehrgeiz, eine moderne Wirtschaft aufzubauen. Erdoğan wird von vielen Arabern bewundert: für sein militantes Auftreten gegenüber Israel, seine proislamische Haltung, für die blühende Wirtschaft der Türkei. Doch auch seine Soft Power ist begrenzt. Noch während seines Besuchs in Kairo erntete er von den ihm eigentlich treu ergebenen Bewunderern in der Muslimbruderschaft Kritik, als er die Türkei als nachahmenswertes Modell für das postrevolutionäre Ägypten vorschlug. Man wünscht sich die Türkei als Partner, fürchtet jedoch Erdoğans ambitionösen Neo-Osmanismus.

Ägypten bleibt vorerst das schwächste Glied in der Kette: Das Regime ist instabil, die Wirtschaft liegt brach, wichtige Fragen wie die Rolle des Militärs oder des Islams in der Gesellschaft bleiben ungeklärt. Dennoch betreibt Kairo bereits eine eigenständige Politik, die nicht mehr Washingtons Geheiß folgt. Das wurde sichtbar, als das Militär gegen den Willen der USA und Israels den Schulterchluss zwischen Fatah und Hamas erzwang. Später scheute sich Ägyptens neuer Außenminister nicht, Washington einen Rüffel zu erteilen, als Hillary Clinton die amerikanische Entwicklungshilfe an Fortschritte bei der Demokratisierung binden wollte. Als bevölkerungsreichster arabischer Staat mit einer schlagkräftigen Armee ist Kairo ein begehrter Bündnispartner in der Region, dessen Handschlag seinen Alliierten weitreichende außenpolitische Legitimation verschaffen kann.

Das sunnitische Dreieck ist also ein Bündnis mit hohem inneren Konfliktpotenzial. Der Zusammenhalt dieser losen Koalition wird maßgeblich durch äußere Faktoren bestimmt werden: Je mehr der Iran und die USA versuchen, auf die Geschehnisse der Region Einfluss zu nehmen, desto enger werden die ungleichen Partner zusammenrücken. Je erfolgreicher das sunnitische Dreieck jedoch ist, desto deutlicher wird das Konkurrenzverhältnis seiner Mitglieder sichtbar werden.



Dr. GIL YARON arbeitet als Journalist und Nahost-Experte für verschiedene deutsche Medien. Er lebt in Tel Aviv.